

Solarthemen 268

DER INFODIENST FÜR REGENERATIVE ENERGIE 22. November 2007

Aktuelles zur EEG-Novelle

Minister einigen sich auf Details.

Seite 2

Neue Zuschüsse in Sicht

Etat 2008 für das Marktanreizprogramm ist unter Dach und Fach.

Seite 2

Hans-Martin Rüter

Interview mit dem Conergy-Gründer nach dessen Rücktritt als Vorstand.

Seite 5

EEG-Strom für den Markt

Das neue EEG soll den erneuerbaren Energien den Weg in den Markt ebnen. Ein heikles Thema.

Hintergrund Seite 8

Die nächste Ausgabe erscheint am 6. Dezember 2007

Wärmegezet: Regierung einigt sich

Das Bundesumweltministerium ist dabei, den Entwurf für das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz zu überarbeiten, nachdem sich die beteiligten Ministerien auf eine gemeinsame Linie einigen konnten. Am 5. Dezember will das Kabinett den Entwurf beschließen.

In der vergangenen Woche trafen sich Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und Wirtschaftsminister Michael Glos (CDU), um sich unter anderem beim Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) zu verständigen. Ebenso konnte Gabriel sich mit Bauminister Wolfgang Tiefensee und Finanzminister Peer Steinbrück (beide SPD) einigen. Dabei hat das Bundesumweltministerium (BMU) gegenüber einem ersten, internen Entwurf für das EEWärmeG Abstriche machen müssen. So werden Bestandsgebäude nach dem jetzigen Entwurf nur in seltenen Fällen zur Nutzung erneuerbarer Energien verpflichtet.

Altbau bleibt (fast) unberührt

Im Wesentlichen regelt das neue Gesetz, wann und in welchem Umfang die Gebäudeeigentümer in erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung investieren müssen. Betroffen sind davon in der Regel Neubauten. Für bestehende Gebäude hatte das BMU zunächst geplant, eine Nutzungspflicht vorzuschreiben, sobald eine neue Heizung installiert würde. Doch damit konnte sich Gabriel bei seinen Kabinettskollegen nicht durchsetzen. Und auch in einem am 18. Oktober veröffentlichten Entwurf des EEWärmeG sollten Bestandsgebäude nur dann der Pflicht unterliegen, wenn dort nicht nur eine neue Heizung installiert, sondern „in einem zeitlichen Zusammenhang“ auch das Gebäude gedämmt oder dessen Fläche um 50 Prozent erweitert wird.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird das Wärmegezet nun in seiner abgespeckten Version am 5. Dezember vom Bundeskabinett verabschiedet werden und es scheint damit klar, dass im Laufe des kommenden Jahres ein bundesweites Gesetz verabschiedet wird, welches zum einen erstmals Vorgaben für Gebäude zum Einsatz erneuerbarer Energien enthält und zum anderen die Fördermittel für das Marktanreizprogramm festschreibt. Durch-

gekommen ist dabei zwar keine wirklich bindende Etatsumme von 350 Millionen Euro pro Jahr, wie sie sich Gabriel wünschte, aber immerhin eine Zielvorgabe in derselben Höhe, auch wenn Steinbrück durchsetzte, sie unter einen Finanzierungsvorbehalt zu stellen.

Diskussion fängt erst an

Die politische Diskussion um das Wärmegezet ist mit dem zu erwartenden Kabinettsbeschluss aber nicht beendet. Sie wird im Parlament deutlicher geführt werden. Der relativ schnell geschlossene Kompromiss in der Ministerriege ist auf den selbst gesetzten Termin am 5. Dezember zurückzuführen; an diesem Tag möchte das Kabinett mit Blick auf die Klimakonferenz in Bali ein ganzes Bündel von Klimaschutzmaßnahmen verkünden.

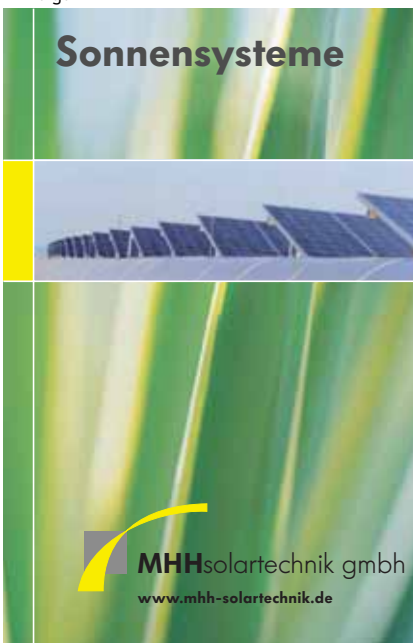
Im Detail und teils gänzlich ablehnend haben sich Lobbygruppen, wie die Architektenkammer, Immobilienbesitzer und die Gaswirtschaft, schon zum Gesetzentwurf geäußert.

Die SPD-Fraktion will die Nutzungspflicht bei Bestandsgebäuden bereits an die bloße Installation einer neuen Heizung koppeln. Das Bundesgesetz solle hier nicht gegenüber dem gerade beschlossenen Wärmegezet in Baden-Württemberg (siehe S. 2) zurückfallen, argumentieren Experten der SPD-Fraktion. Unklar ist noch, wie sich die Union im Bundestag zum Wärmegezet positionieren wird. Folgt sie den starken Lobbygruppen oder stützt sie die Initiative Baden-Württembergs durch ein Bundesgesetz? Immerhin ist das Gesetz im Ländle auf die Initiative der CDU zurückzuführen.

Bauherren und Anbieter regenerativer Energietechnik können sich aber schon darauf einstellen, dass ein Wärmegezet wohl zum 1. Januar 2009 in Kraft treten wird.

Andreas Witt

Anzeige



Sonnensysteme

MHHsolartechnik gmbh
www.mhh-solartechnik.de

Gute Aussichten für neue Solar-Zuschüsse

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat den Weg frei gemacht für bis zu 350 Millionen Euro an Fördergeldern für Regenerativ-Wärme-Systeme.

Der Etat des Umweltministeriums für das Marktanreizprogramm (MAP) für erneuerbare Energien profitiert von der erstmaligen Versteigerung der Emissionszertifikate, die im kommenden Jahr mit mindestens 400 Millionen Euro bringen soll. Von diesem Geldregen, der allerdings erst später im Jahr anfällt, sollen 180 Millionen dem MAP zugute kommen – zusätzlich zum festen Etatansatz von 169 Millionen. Im Haushaltsjahr 2007 stehen 213 Millionen Euro im MAP-Etat. Allerdings ist aufgrund der schwachen Solarkonjunktur nicht klar, ob dieses Geld verbraucht wird.

Mit künftig rund 350 Millionen Euro dürfte das Umweltministerium in der Lage sein, mit der zum 1. Januar 2008 fälligen neuen MAP-Richtlinie einige Wünsche der Solar- und Holzbranche wahr zu machen. So zeigt sich das Ministerium bereits seit längerem offen für eine bessere Förderung von Solarhäusern mit hoher solarer Deckungsrate. Zum einen könnte die Fördergrenze von 40 Quadratmetern für Ein- und Zweifamilienhäuser fallen. Wenn die Deckungsrate mehr als 50 Prozent beträgt, fordert der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) darüber hinaus einen doppelten Zuschuss pro Quadratmeter beziehungsweise einen Speicherbonus von 250 Euro pro Kubikmeter bei Mindestspeichergrößen von 10 Kubikmetern.

Eine weitere BSW-Forderung gilt der Bezuschussung von Planungsleistungen. 80 Prozent Förderquote für eine Vorplanung sollen nach seinen Vorstellungen eine Entscheidungshilfe für Mehrfamilienhausbesitzer bringen. ①

gb

Einigung beim EEG

In strittigen Punkten der geplanten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) haben sich Umwelt- und Wirtschaftsministerium vergangene Woche geeinigt.

Eine neue Fassung des Gesetzentwurfs, der am 5. Dezember vom Bundeskabinett beschlossen werden soll, lag zwar bis Redaktionsschluss noch nicht vor. Inzwischen sind die Minister Glos und Gabriel, die sich in der vergangenen Woche auch persönlich trafen, nach Solarthemen-Recherchen weitgehend einig geworden.

So heißt die Zauberformel für die Offshore-Windkraft, deren Vergütungssatz in den bisherigen Entwürfen offen gelassen war, „12 plus 2“.

Zusätzlich zur gegenüber der heutigen EEG bereits deutlich verbesserten Grundvergütung von 12 Cent sollen alle Anlagen, die bis zum Jahr 2013 ans Netz gehen, einen Bonus von 2 Cent bekommen. An anderen Vergütungssätzen oder deren Degressionsraten soll es trotz der lautstarken Branchenproteste gegenüber dem seit Wochen bekannten Referentenentwurf des BMU (Solarthemen 266/267) bis zur Kabinettsentscheidung keine Veränderung mehr geben. Das gilt für Onshore-Wind ebenso wie für Photovoltaik und Biomasse. Die Branche wird ihre Hoffnungen diesbezüglich auf den Bundestag lenken müssen, der mit den offiziellen Beratungsvoraussichtlichen nicht vor Februar 2008 beginnen wird.

Verständigt haben sich Umwelt- und Wirtschaftsministerium auch in der Frage des Netzausbaus. Demnach überlässt Gabriel dieses Feld teilweise seinem Wirtschafts-Kollegen. Die Paragraphen 11 und 12 des ursprünglichen Entwurfs, in denen es um Konzepte der Netzbetreiber für einen zügigen Netzausbau ging, werden aus dem Entwurf gestrichen und zu einem späteren Zeitpunkt im Energiewirtschaftsgesetz geregelt.

Eher kosmetische Abstriche will Gabriel beim Konzept für die Direktvermarktung von EEG-Strom machen. Sollten sich Betreiber von Regenerativ-Energie-Anlagen nach seinen bisherigen Vorstellungen für ein ganzes Kalenderjahr im Voraus festlegen, ob sie ihren Strom nach EEG vergüten lassen oder sich auf das Wagnis Strombörse einlassen, so wird diese Frist nun auf ein halbes Jahr verkürzt (vgl. S. 8). ②

gb

Grüne und E.ON gemeinsam für Elektro

Bündnis 90/Die Grünen und der Stromkonzern E.ON wollen zusammen für eine stärkere Nutzung von Elektromobilen eintreten.

„Die Technik hat einen großen Sprung gemacht. Jetzt müssen die Weichen für eine breite Einführung von Elektroautos gestellt werden“, erklärte Klaus-Dieter Maubach, der Vorstandsvorsitzende von E.ON Energie gemeinsam mit Bärbel Höhn und Hans-Josef Fell von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin.

Vorgelegt wurde eine Studie des Bundesverbandes Solare Mobilität und der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie, die einen großen Vorteil von Elektro- gegenüber herkömmlichen Fahrzeugen verdeutlichen soll. Die Studie geht von einem Verbrauch von unter 20 kWh je 100 Kilometer aus. Von Vorteil seien Elektrofahrzeuge vor allem, wenn sie in das Energiesystem eingebunden und als Stromspeicher genutzt würden. ③

AWI

①

Bundesverband Solarwirtschaft
Carsten Körnig
EnergieForum
Stralauer Platz 34
10243 Berlin
Tel. (030) 2977788-0
Fax (030) 2977788-99
www.bsw-solar.de

②

xxxxx

③

Deutsche Gesellschaft für
Sonnenenergie e.V.
DGS-Geschäftsstelle
c/o Stadtwerke München
Emmy-Noether-Str. 2
Zimmer B3-03 und B3-05
80992 München
Tel. (089) 524071
www.dgs.org

Bundesverband Solare
Mobilität e.V.
Vorsitzender:
Thomic Ruschmeyer
Kiefernberg 51
21075 Hamburg,
Tel. (040) 7929329
www.solarmobil.org

EU: Geringere Mehrwertsteuer?

Für die Entwicklung erneuerbarer Energien sind zurzeit keine Initiativen von Seiten der Europäischen Union absehbar.

Die Europäische Kommission arbeitet weiter eher im Verborgenen an einer Richtlinie für erneuerbare Energien. Damit soll sie den Beschluss des Europäischen Rates konkretisieren, der im Frühjahr entschieden hatte, den Anteil erneuerbarer Energien in Europa bis 2020 auf 20 Prozent zu steigern. Diskutiert wird weiterhin, welchen Anteil die einzelnen Mitgliedsländer übernehmen sollen und mit welchen politischen Instrumenten dies erreicht werden soll.

Weiter klar positioniert haben sich die Verbände für erneuerbare Energien. So wies die European Solar Thermal Industry Federation (ESTIF) darauf hin, dass ein Zertifikatehandel für den Wärmebereich überhaupt keinen Sinn machen würde. Wärme müsse dort produziert werden, so sie genutzt würde. Rafael Piria, Geschäftsführer von ESTIF, erklärte gegenüber den Solarthemen, im Bereich der Wärme könne die einzig greifbare Regelung eine Nutzungspflicht für regenerative Wärme sein.

Piria spricht sich für ESTIF zusammen mit dem European Council of Renewable Energy (EREC) auch für eine reduzierte Mehrwertsteuer für Technologien und Dienstleitungen aus, die auf den Einsatz erneuerbarer Energien zielen. So ist es nach den EU-Richtlinien zurzeit erlaubt, dass Mitgliedsländer den Mehrwertsteuer-Satz für Öl und Gas reduzieren. Dies dürfen sie aber nicht für zum Beispiel solarthermische Anlagen und Holzpelletsheizungen. Allerdings wollen die französische und die britische Regierung eine Mehrwertsteuerreduzierung für Effizienzmaßnahmen erreichen. EREC fordert, dies auch für erneuerbare Energien zu ermöglichen.

Am 13. November trafen sich die Finanzminister der Mitgliedsländer. Die Entscheidung zu diesem Thema haben sie jedoch auf den 4. Dezember vertagt. ① AWi

Baden-Württemberg hat ein Wärmegesetz

Am 7. November hat der Landtag von Baden-Württemberg das „Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Baden-Württemberg (Erneuerbare-Wärme-Gesetz – EWärmeG)“ beschlossen.

Für das Gesetz stimmten die Regierungsparteien CDU und FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen. Gegen das Gesetz stimmte die SPD. Sie

führt als Begründung an, Landesverwaltungsbauten würden durch das Gesetz nicht erfasst. Dies kritisierte auch Franz Untersteller, der energiepolitische Sprecher der bündnisgrünen Landtagsfraktion. Allerdings sieht er in dem Gesetz einen weiterführenden Ansatz, den seine Fraktion nicht torpedieren will.

Baden-Württemberg übernehme mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz eine bundesweite Vorreiterrolle, betonte Umweltministerin Tanja Gönner: „Wir ebnen modernen Umwelttechnologien den Weg in den Lebensalltag der Menschen.“

Nach dem neuen Gesetz muss die Wärmeversorgung bei Neubauten in Baden-Württemberg, für die ab 1. April 2008 die Bauunterlagen erstmalig eingereicht werden, zu mindestens 20 Prozent über erneuerbare Energien wie Sonnenenergie, Erdwärme und Wärmepumpen oder Biomasse gedeckt werden. Für den Gebäudebestand wird ab 2010 ein Anteil regenerativer Energien von zehn Prozent vorgeschrieben, der immer dann erfüllt werden muss, wenn es zum Austausch der Heizungsanlage kommt.

Im Gegensatz zum geplanten Bundesgesetz soll in Baden-Württemberg auch der Einsatz von Bioheizöl und Biogas als Regelfall zugelassen werden. Verbunden damit ist die Pflicht des Hauseigentümers, die Nachweise über die Belieferung mit einem entsprechenden Anteil biogener Heizstoffe fünf Jahre aufzubewahren. Dabei sieht das Gesetz bei Ordnungswidrigkeiten Geldbußen von bis zu 100000 Euro vor.

Alternativ zum Einsatz erneuerbarer Energien kann die derzeit geltende Energieeinsparverordnung um 30 Prozent unterschritten werden. Häufig wird es günstiger sein, erneuerbare Energien einzusetzen: Per Gesetz reichen 0,04 Quadratmeter solarthermischer Kollektorfläche je Quadratmeter Wohnfläche aus. ② AWi

BDEW will anderes EEG

Während des Welt-Energie-Kongresses in Rom sprach sich Werner Brinker, Präsident des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), für eine „Weiterentwicklung“ des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) aus.

Darunter versteht der BDEW – der Zusammenschluss aus Strom- und Gasversorgungsunternehmen – eine Art Bonussystem: Erneuerbare Energien sollen sich vor allem an Marktpreisen für Energie orientieren und ihren Strom direkt vermarkten. Zusätzlich sollen sie einen Öko-Aufschlag erhalten. Zwar habe das EEG unbestreitbare Erfolge zu verzeichnen, doch die Erneuerbaren müssten künftig in den Strommarkt integriert werden. Sie müssten an den günstigsten Standorten genutzt werden. Es solle nur ein Fördersystem in Europa geben. ③ AWi

①

European Renewable Energy Council
Tel. (0032-2) 546-1933
www.erec.org

European Solar Thermal Industry Federation (ESTIF)
Tel. (0032-2) 546-1938
www.estif.org

Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)
www.consilium.europa.eu

②

Umweltministerium Baden-Württemberg
Tel. (0711) 126-0
www.um.baden-wuerttemberg.de

Auf der Internetseite des Umweltministeriums steht das Gesetz zum Download.

③

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
Robert-Koch-Platz 4
10115 Berlin
Tel. (030) 726147-0
www.bdew.de

Impressum

Verlag:

G. Bröer & A. Witt GbR
Bültestraße 70b
32584 Löhne
Tel. (05731) 83460
Fax (05731) 83469
www.solarthemen.de
redaktion@solarthemen.de

Redaktion:

Guido Bröer, Andreas Witt, Dittmar Koop

Anzeigen + Beilagen:

Arndt Klöckner, Berlin
Tel. (0163) 7757544

Erscheinungsweise:

Zweimal pro Monat

Abopreise:

Standard: 120 Euro/Jahr
Studierende: 72 Euro
Ausland: plus extra Porto
ISSN: 1434-1530

Wagner & Co baut Kapazitäten aus

Die Wagner & Co Solartechnik GmbH hat mit dem Bau einer Fabrik für solarthermische Kollektoren mit einer Kapazität von 460 000 Quadratmetern begonnen.

Wagner will damit einen neuen Standort im hessischen Kirchhain-Ost in Nähe der Cölber Verwaltung und des Logistikzentrums in Kirch-



hain-West eröffnen. Fertig sein soll die neue Produktionsstätte für die „Euro“-Flachkollektoren im Sommer nächsten Jahres.

Ziel von Wagner & Co ist es, mit der neuen Fabrik die Produktionsabläufe zu optimieren und verschiedene Kollektortypen parallel fertigen zu können.

Das Energiekonzept beinhaltet neben einem gehobenen Dämmstandard u.a. die Wärmeversorgung mit einer Holzhackschnitzelheizung und eine 240-kW-Solarstromanlage. Damit will das Unternehmen eine ausschließlich regenerative und CO₂-neutrale Energieversorgung realisieren. **1** AWi

Lichtblick: Bereits mehr als 4000 Gaskunden

Nachdem das Ökostromunternehmen Lichtblick erst Anfang Oktober in das Gasgeschäft eingestiegen ist, verzeichnete es Mitte November bereits 4200 Gaskunden.

Wie Lichtblick-Pressesprecher Gero Lücking gegenüber den Solarthemen erläuterte, sei es Ziel, ein vom Preis her konkurrenzfähiges Angebot zu machen. Mit einem Preis von 6,25 Cent pro Kilowattstunde und einem Grundpreis von 9,90 Euro gelingt dies, auch wenn Lichtblick damit nicht der günstigste Anbieter ist. Allerdings verspricht das Unternehmen, dem Erdgas rund fünf Prozent Biogas beizumischen. Lichtblick wolle eine gute Balance zwischen ökologischem Anspruch und Preiswürdigkeit erreichen, sagt Lücking. Dabei sei es Ziel, den Anteil des Biogases mittelfristig auszubauen.

Aktiv ist das Unternehmen zurzeit in Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin. Um zu Erd-

gasqualität aufbereitetes Biogas anbieten zu können, will Lichtblick 1,3 Millionen Kubikmeter Biogas jährlich von einer Anlage im brandenburgischen Jüterbog beziehen. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 20000 Kilowattstunden und einem fünfprozentigen Biogasanteil würde diese Menge für rund 12000 Kunden reichen. **2** AWi

Notizen

Solkraftwerk am Nil

Die Flagsol GmbH, eine Tochtergesellschaft der Solar Millennium AG, hat den Auftrag zur Auslegung und Lieferung eines solarthermischen Kraftwerks in Ägypten erhalten, das Teil eines Hybrid-Kraftwerks in Verbindung mit Erdgas sein soll. Beteiligt ist auch die Orascom Construction Industries aus Kairo, ein großer ägyptischer Generalunternehmer.

Flagsol ist vor allem für die Parabolspiegel und Absorberrohre verantwortlich. Die Kosten des Solarkraftwerks liegen nach Aussage von Flagsol bei etwa 75 Millionen Euro. Die Global Environment Facility (GEF) der Weltbank gibt einen Zuschuss für das Solarfeld in Höhe von 50 Millionen US-Dollar. Das Solarfeld besteht aus Parabolrinnen mit einer Spiegelfläche von rund 130.000 Quadratmetern. Der Bau des Kraftwerks in Kuraymat circa 95 Kilometer südlich von Kairo am Ufer des Nils soll in Kürze beginnen. **3** AWi

Ecostream handelt mit First Solar

Ecostream wird einer von weltweit 12 First-Solar-Händlern. Ein Kooperationsvertrag sieht die Lieferung von fast 4 Millionen CdTe-Solarmodulen mit einer Gesamtkapazität von 276,5 MW im Zeitraum von 2008 bis 2012 vor. **4**

SMA baut große Wechselrichter-Fabrik

Die SMA Technologie AG plant die nach eigenen Angaben weltweit größte Fabrik für Solarwechselrichter. Sie soll in Kassel, also in der Nähe des SMA-Firmensitzes Niestetal, entstehen. Die etwa 15 000 Quadratmeter große Fertigungshalle soll in der Endausbaustufe 1000 neue Arbeitsplätze beherbergen und ist vollkommen CO₂-neutral ausgelegt. **5**

E.On Netz legt erstes Offshore-Kabel

Der Stromnetzbetreiber E.On hat den Bau einer rund 70 km lange Seekabeltrasse über Norderney zum 45 km nördlich Borkum gelegenen Offshore-Park „alpha ventus“ bekannt gegeben. Die 110-kV-Kabel sollen im Sommer nächsten Jahres verlegt werden und ab Herbst 2008 Strom transportieren. Die Kosten für die Seekabelanbindung beziffert E.On mit 19 Mio. Euro. **6**

1

Wagner & Co
Solartechnik GmbH
Zimmermannstraße 12
35091 Cölbe
Tel. (06421) 8007-0
www.wagner-solar.de

2

LichtBlick - die Zukunft der
Energie GmbH & Co. KG
Max-Brauer-Allee 44
22765 Hamburg
Tel. (040) 63 60-0
www.lichtblick.de

3

Flagsol GmbH
Mühlengasse 7
50667 Köln
Tel. (0221) 925 9700
www.flagsol.com

4

Ecostream Germany GmbH
Winfried Owtscharenko
Eupener Strasse 59
50933 Köln
Tel. (0221) 5109070
Fax (0221) 51090799
www.ecostream.de

5

SMA Technologie AG
Hannoversche Strasse 1-5
34266 Niestetal
Tel. (0561) 9522-0
Fax (0561) 9522-100,
www.SMA.de

6

E.ON Netz GmbH
Bernecker Straße 70
Tel. (0921) 915-0
95448 Bayreuth
www.eon-netz.com

Solar-Fabrik verdoppelt ihre Modulproduktion

Die Solar-Fabrik AG will ihre Produktionskapazitäten für Solarmodule bis zum Sommer nächsten Jahres von 60 auf 130 MW steigern.

Dafür lässt das Unternehmen eine dritte, 15000 Quadratmeter große Halle in Freiburg bauen, die auch Platz für weitere Maschinen bieten soll. „Die hervorragende Auftragslage macht es erforderlich, die Produktionskapazitäten auszubauen“, so Christoph Paradeis, Vorstandsvorsitzender der Solar-Fabrik AG. Die Fabrik habe die Vollauslastung erreicht und dies werde auch beim Produktionsausbau erwartet.

Mitverantwortlich dafür scheint auch ein Wechsel in der Verkaufsstrategie zu sein; die

Solar-Fabrik wendet sich – bei geringeren Margen – verstärkt an Großkunden. Paradeis begreift Produktion von und Handel mit Solarmodulen als Massengeschäft.

Große Sorgen macht sich die Solar-Fabrik wegen der anstehenden EEG-Novelle nicht. „Die neue Fertigungslinie im Werk III wird weitestgehend automatisiert sein und deutliche Produktivitätssteigerungen ermöglichen“, erklärte Pressesprecherin Andrea Ocker gegenüber den Solarthemen. Alle diese Maßnahmen trügen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der Solar-Fabrik zu stärken. „Wie sich die Situation ab 2009 darstellen wird, hängt ja nicht nur von der EEG-Novellierung und der Silizium-Situation ab, sondern auch davon, ob andere Länder eine eventuell verringerte Nachfrage in Deutschland ausgleichen“, so Ocker. ❶ AWi

❶
Solar-Fabrik AG
Munzinger Straße 10
79111 Freiburg
Tel. (0761) 4000-0
www.solar-fabrik.de

❷
Conergy AG
Anckelmannsplatz 1
20537 Hamburg
Tel. (040) 27142-0
www.conergy.de

Hans-Martin Rüter nach seinem Rücktritt als Vorstand von Conergy

Hans-Martin Rüter hat vor elf Jahren SunTechnics und 1998 die heutige Conergy AG gegründet und zu einem Unternehmen gemacht, das in diesem Jahr eine Milliarde Umsatz erwartet und 2800 Mitarbeiter beschäftigt. Zum 15. November trat er zurück.



Solarthemen: Herr Rüter, warum haben Sie die Position als Vorstandsvorsitzender von Conergy aufgegeben?

Hans-Martin Rüter: Conergy hat jetzt eine Größenordnung und globale Marktposition erreicht, die auch durch ein angestelltes Management geführt werden kann.

Solarthemen: Aber was hat nun im November den Ausschlag für Ihre Entscheidung gegeben?

Rüter: Wenn die Einflüsse von außen so groß werden und man damit nicht mehr den Freiraum für unternehmerische Entscheidungen hat, dann ist es besser sich neuen Aufgaben zuzuwenden.

Solarthemen: Es war ein größeres Finanzloch zu stopfen. Hatten Sie das Cash-Management nicht mehr im Griff?

Rüter: Unsere Vermögenslage ist im Kern gesund. Unser Kapital ist auf Grund von Sonderentwicklungen aber nicht auf unserem Konto, sondern als Forderungen bei unseren Kunden, im Lager sowie in unserer neuen Fabrik investiert. Das akute Finanzierungsproblem haben wir gelöst und damit das Unternehmen wieder auf gesunde Füße gestellt.

Solarthemen: Doch inwiefern ist der finanzielle Engpass Ausdruck von strukturellen Problemen bei Conergy?

Rüter: Mit unserem Geschäftsmodell haben wir bewiesen, dass wir überdurchschnittlich wachsen und positiv wirtschaften können. Wir haben dieses Jahr lange Durchlaufzeiten bei unseren Projekten und rund 200 Millionen Euro in Frankfurt investiert. Das führt zu einer hohen finanziellen Belastung. Nächstes Jahr werden wir dort keine Investitionen haben. Und Conergy wird wieder auf den Pfad des positiven Cash-Managements zurückkehren können.

Solarthemen: Nun ist gesagt worden, es solle alles auf den Prüfstand gestellt werden. Gibt es Geschäftsbereiche, von denen sich Conergy voraussichtlich trennen wird?

Rüter: Ein schnell wachsendes Unternehmen hat immer das Potenzial, sich zu optimieren. Wir haben uns auch früher schon aus Bereichen wie Regenwassernutzung und aus unprofitablen Ländern zurückgezogen. Die Überkapazitäten in der PV kommen. Weitere Technologiestandbeine sind dann elementar, um nachhaltig positioniert zu bleiben. Diese müssen aber tragen, daher bringt es einem Milliarden-Unternehmen keine Vorteile, Produktbereiche mit mittelfristig nur 20 Millionen Euro Umsatz anzubieten.

Solarthemen: Conergy ist leicht angeschlagen. Trotzdem spiegelt der derzeitige Börsenpreis möglicherweise nicht den Wert der Aktie wieder. Könnte Conergy dadurch zu einem Übernahmekandidaten werden?

Rüter: Dieser Eindruck des Angeschlagen-Seins ist entstanden, weil wir innerhalb kurzer Zeit einige negative Entwicklungen sowie mögliche Risiken offen benannt haben. Ich persönlich glaube ganz fest, dass die inneren Werte der Conergy substantiell höher liegen, als es der aktuelle Börsenwert wieder spiegelt. Dies wissen natürlich auch strategische Interessenten an Conergy. Daher ist es für uns so wichtig, dass wir einen Kernaktionärsstamm mit über 40 % der Anteile besitzen, der an einer nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens großes Interesse hat und davon überzeugt ist, dass der Aktienkurs bald wieder die Marktposition und Substanz reflektieren wird.

Solarthemen: Und was haben Sie nun persönlich vor?

Rüter: Ich habe mir bewusst noch nicht viel vorgenommen. Ich möchte mich mit meiner Familie auf Reisen begeben und wieder Kraft tanken.

Solarthemen: Bleiben Sie den Erneuerbaren erhalten?

Rüter: Mein Herz liegt im Bereich der erneuerbaren Energien. Und ich werde auch in Zukunft meine Erfahrungen einbringen wollen. Aber, ob das mein Kernaktionsfeld sein wird, das werde ich noch sehen. ❷ *Interview: A. Witt*

Rapsöl macht weniger Krebs als Diesel

Bei einem Vergleichsversuch hat das landeseigene bayerische Technologie- und Förderzentrum (TFZ) in Straubing gemeinsam mit dem Augsburger bifa Umweltinstitut nachgewiesen, dass Traktorabgase beim Einsatz von Rapsöl ein geringeres krebserregendes Potenzial aufweisen als beim Betrieb mit Diesel.

Die Forscher weisen zwar darauf hin, dass sich ihre Untersuchungen auf den Einsatz eines speziell auf den Betrieb mit Pflanzenöl umgerüsteten Traktors konzentrierten, zugleich weisen sie aber die generelle Vermutung zurück, beim Einsatz von Rapsöl sei das Krebsrisiko deutlich höher.

Untersucht haben die Forscher Proben von Abgaspartikeln eines Deutz-Traktors, der durch ein sogenanntes Ein-Tank-Umrüstsystem an den Betrieb mit Rapsölkraftstoff angepasst ist. Die Partikelproben wurden am Prüfstand des TFZ unter Berücksichtigung international gültiger Prüfverfahren gewonnen. Die Erbgut verändernde Wirkung (Mutagenität) der Partikelproben hat das bifa Umweltinstitut bewertet. Demnach ist das mutagene Risiko bei Rapsöl nur halb so hoch wie bei fossilem Diesel. ❶ AWi

Weiter Rätselraten um Installationszahlen

Die gesetzlichen Vorgaben sind klar: Die Netzbetreiber müssen der Bundesnetzagentur längst übermittelt haben, wieviel an Leistung im Bereich regenerativer Erzeugungskapazitäten installiert wurden.

Doch Zahlen kann die Bundesnetzagentur bisher nicht übermitteln. Mehrfach haben die Solarthemen nachgefragt - vor allem bei der Photovoltaik ist es ein Politikum, wieviel an Leistung im vergangenen Jahr tatsächlich installiert wurde.

Renate Hichert, Pressesprecherin der Agentur, erklärte vor einigen Wochen gegenüber den Solarthemen, die gemeldeten Installationszahlen müssten noch überprüft werden. Gemäß § 14a Abs. 8 EEG in Verbindung mit § 14a Abs. 3 S. 1 Nr. 2 EEG sind Netzbetreiber verpflichtet ihre Endabrechnung der Bundesnetzagentur mittels des zur Verfügung gestellten Erhebungsbogens bereits bis zum 30. April 2007 in elektronischer Form vorzulegen. Doch noch ist die Agentur nicht in der Lage, diese Daten zu veröffentlichen.

Ähnlich steht es beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Wie

Pressesprecher Frank Brachvogel gegenüber den Solarthemen bereits seit einigen Wochen erklärt, sei der BDEW noch nicht in der Lage, die Installationszahlen vorzulegen.

Parallel ist auch die Zeitschrift „photon“ dabei, die Installationszahlen allein für die Photovoltaik zu ermitteln. Sie leistet diese Arbeit ebenso wie die Netzagentur und der BDEW. Ursprünglich wollte sie die Zahlen im November veröffentlichen. Das ist nicht gelungen. Photon-Pressesprecher Bernd Schüssler betonte, die Zeitschrift wolle erst dann ihre Ergebnisse veröffentlichen, wenn eine ausreichende Datenbasis vorhanden sei.

Die Konkurrenzzeitschrift „photovoltaik“ veröffentlichte bereits vor einigen Wochen einen Trend, nachdem es kein weiteres Wachstum in der Photovoltaik gebe. Doch diese Aussagen basierten zum Teil auf falschen Annahmen, wie Redakteur Heiko Schwarzburger gegenüber den Solarthemen auf Nachfrage einräumte. ❷ AWi

Europressedienst: Markt hat zugelegt

Mit schätzungsweise einem Gigawatt neu installierter Leistung im Jahr 2006 habe der deutsche Photovoltaikmarkt zugelegt.

Für 2007 rechnet der Europressedienst (EuPD) mit einer erneuten Steigerung der verbauten Menge auf rund 1,5 Gigawatt. Die fünfzehn größten deutschen PV-Hersteller hätten im letzten Jahr rund 2,77 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet. Parallel dazu, so der Europressedienst, sei der Auslandsumsatz dieser Unternehmen auf 940 Millionen Euro gestiegen.

Wie der Europressedienst ermittelte, sei die Zahl der Beschäftigten in der Photovoltaikbranche zwischen 2003 und 2006 um 674 Prozent auf 36 913 geklettert. EuPD erklärt zur Preisentwicklung in der Photovoltaik, die Branche habe zunehmend auf den einsetzenden Preisdruck zu reagieren. Nach Aussage der Befragungsteilnehmer habe sich zunächst der Systempreis zwischen 2005 und 2006 von rund 4990 Euro auf circa 5170 Euro erhöht. Und im Verlauf des vergangenen Jahres seien die Preise wiederum auf durchschnittlich 4690 Euro pro kWp gesunken.

Private Nutzer haben nach Aussage von EuPD sowohl im Jahr 2005 als auch 2006 mehr als zwei Drittel des Absatzmarktes für PV-Installationen ausgemacht. Dementsprechend hätten kleine und kleinste PV-Anlagen auf privaten Gebäuden den heimischen Solarstrommarkt dominiert. Im Vergleich zur letzten Studie sei vor allem der rückläufige Anteil der Landwirte von 16,5 auf 5,9 Prozent auffällig. ❸ AWi

❶

Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe
Schulgasse 18
94315 Straubing
Tel. (09421) 300-210
Fax: (09421) 300-211
www.tfz.bayern.de

Die ausführliche Studie „Mutagenität der Partikelemissionen eines mit Rapsöl- und Dieselmotoren betriebenen Traktors“ stehen auf der Internetseite des TFZ zum Download bereit.

❷

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
Tel. (0228) 14-0
www.bundesnetzagentur.de

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
Robert-Koch-Platz 4
10115 Berlin
Tel. (030) 72 6147-0
www.bdew.de

❸

EuPD Europressedienst
Dorotheenstraße 8
53111 Bonn
Tel. (0228) 3 6944-75
www.europressedienst.com

Marschrichtung gegen Pellets-Schlacke

Einige führende Unternehmen der Pellets-Branche haben sich auf Vorgaben geeinigt, mit denen sie der Verschlackung von Pelletsheizungen vorbeugen und bei Problemen gegenüber Kunden einheitlich reagieren wollen.

Der Deutsche Energie-Pellets-Verband (DEPV) hat jetzt ein Konsenspapier auf seine Homepage gestellt. Darin sind für alle drei Gruppen von Beteiligten (Pelletsproduzenten, Händler/Lieferanten und Kesselhersteller) Mindestanforderungen benannt. So verpflichten sich die unterzeichnenden PelletsHersteller auf Ware in DIN-plus-Qualität, sofern als solche deklariert. Für Händler und Lieferanten gibt es Vorgaben zum Beispiel für eine Höchstgrenze beim Feinanteil. Die Kesselhersteller verpflichten sich auf Einhaltung einer Temperaturobergrenze in der Brennkammer ihrer Geräte. Das Papier regelt die Zuständigkeiten und das Vorgehen der Branche im Fall von Verschlackung beim Kunden. Wem die Verantwortung nachgewiesen werden kann, der trägt die Kosten des Reklamationsfalls. In unklaren Fällen kommt es zur Kostenteilung. Außerdem veröffentlichte der DEPV einen Erfassungsbogen für Installateure als Hilfestellung bei der Störungsdiagnose.

Das Konsenspapier geht zurück auf eine Verbandsitzung im März, die als Reaktion auf Verschlackungen von DINplus-Pellets abgehalten worden war. Im Februar hatten die Solarthemen erstmals über das Problem berichtet und es damit öffentlich gemacht (Solarthemen 248).

Die Vorgaben im Papier sind der DINplus oder dem Zertifizierungsprogramm Pelletslogistik der DINCertco entlehnt. Das Konsenspapier ist also auch ein Instrument der Qualitätssicherung und -entwicklung. Das Papier wurde von 15 Mitgliedsunternehmen des DEPV unterzeichnet, darunter sind Marktführer wie Paradigma, KWB, Ökofen oder Westerwälder Holzpellets. Von den übrigen 35 DEPV-Mitgliedsunternehmen wurde es noch nicht unterschrieben. Die Vereinbarung gilt bis Ende März 2008. Ein Arbeitskreis im DEPV soll bis dahin eine Anschlussregelung erarbeitet haben. ❶ *diko*

Glos: Klimaschutz kostet 123 Milliarden Euro

Am 16. November hat Bundeswirtschaftsminister Michael Glos ein von ihm beauftragtes Gutachten vorgelegt, nach dem ein ambitionierter Klimaschutz sehr teuer würde.

Die Studie von Prognos und GWS belegt einen Verlust beim Bruttoinlandsprodukt von insgesamt 123 Milliarden Euro im Zeitraum von 2013 bis 2020. Daraus leitet Glos ab, die Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit müssten in Einklang gebracht werden. Dazu könne eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken beitragen.

Aus Sicht von Glos stellt die Studie besonders einen Alleingang der Europäischen Union in Frage. Würden andere Länder, wie die USA, China und Indien, beim Klimaschutz nicht mitziehen, so würde dies zu Produktions- und Beschäftigungsverlusten führen.

Als Annahme liegen der Studie Ölpreise von 50 Dollar je Barrel im Jahr 2010, 47 Dollar im Jahr 2020 und 60 Dollar im Jahr 2030 zugrunde. Auf Basis der derzeitigen Ölpreisentwicklung – die Internationale Energie-Agentur korrigierte ihre Preiserwartung nach oben und auch Glos erwartet mittelfristig 80 Dollar je Barrel sowie einem steigenden Trend beim Ölpreis – müsste die Studie nochmal neu simuliert werden, erklärte Christian Lutz von der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung mbH (GWS) als Autor der Studie auf Nachfrage gegenüber den Solarthemen. Regenerative Energien würden damit vergleichsweise günstiger. Allerdings könne ein hoher Ölpreis auch den Einsatz von Kohle begünstigen – einfache Schlussfolgerungen seien somit nicht möglich. ❷ *AWi*

❶

Die Vereinbarung wurde unterzeichnet von:

- Pelletproduzenten und -lieferanten: Baust (Power Pellets), BayWa, Compatec, Heggenstaller, Holzenergiezentrum Württemberg, Scharr Wärme, Schellinger, VIS NOVA Trading, Westerwälder Holzpellets.
- Heizungsproduzenten: HDG Bavaria, KWB, Paradigma, ÖkoFen, Wagner & Co., Windhager.

Deutscher Energie-Pellets-Verband e.V. (DEPV)
Martin Bentele
Tullastraße 18
68161 Mannheim
Tel. (06 21) 7 28 75 23
www.depv.de

Solarmedien

Sonne und Frieden

Die Studie „Sicherheitspolitische Bedeutung erneuerbarer Energien“, erstellt von Adelphi Consult und Wuppertal Instituts im Auftrag des Bundesumweltministeriums, gibt einen umfassenden Überblick über die Zusammenhänge zwischen Energie- und Sicherheitspolitik. Die Langfassung ist im Internet unter www.erneuerbare-energien.de verfügbar.



Solares Kundebarometer

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) hat das Hamburger Beratungsbüro Business Institute Solar Strategy (BISS) die Ergebnisse der Befragung „Solares Kundenbarometer 2007“ veröffentlicht. Grundlage ist eine Online-Umfrage, die von Mai bis August 2007 über das Informationsportal des BSW (www.solarfoerderung.de) lief. 1700 Endkunden und ca. 200 Profis haben sich beteiligt. Wurde die 51-seitige „Basis-Version“ der Studie an BSW-Mitglieder umsonst verschickt, so kostet die Vollversion 3500 Euro. www.solar-strategy.com



EEG-Strom für die Börse?

Bundesregierung und Bundesnetzagentur wollen der Direktvermarktung von EEG-Strom an der Leipziger Strombörse zunächst einen Riegel vorschieben. Im Rahmen der EEG-Novelle wird das Thema im Bundestag aber vermutlich noch heiß diskutiert werden. Für die Windbranche ist es ein heikles Thema.

Kann und soll die zeitweilige Direktvermarktung von Ökostrom an der Strombörse eine lohnende Alternative vor allem für Windparkbetreiber sein? Dies ist im Zuge der anstehenden EEG-Novelle neben der öffentlich geführten Debatte um die diversen Vergütungssätze in Expertenkreisen eine der spannendsten Fragen. Und meist dauert es dann nicht lange, bis das böse Wort von der „Rosinenpickerei“ fällt. Selbst in die offizielle Begründung des Referentenentwurfes zum EEG aus dem Bundesumweltministerium hat es Einzug gehalten. Paragraph 20 nämlich, der der Eigenvermarktung von Regenerativstrom gewidmet ist, solle vor allem, „ein Rosinenpicken der Anlagenbetreiber verhindern.“

Kurz mal an die Börse

Gemeint ist, dass Betreiber von Ökostromanlagen sich immer dann kurzfristig aus dem System der garantierten EEG-Stromabnahme verabschieden, wenn an der Strombörse EEX

höhere Preise zu erzielen sind als ihnen die Mindestvergütung des EEG garantiert. Da dies bei steigenden Strompreisen immer häufiger der Fall ist, ist das Interesse vor allem großer Windparkbetreiber längst geweckt. So hat einer der größten deutschen Projektierer, die WPD AG aus Bremen zusammen mit dem nordwestdeutschen Regionalversorger EWE gerade in der vergangenen Woche die bereits auf der Husumwind angekündigte Gründung einer gemeinsamen Tochtergesellschaft, der WE2 GmbH, vollzogen. Deren Unternehmenszweck ist es, Windstrom an der Börse zu handeln. Die geltende Fassung des EEG lässt den Anlagenbetreibern grundsätzlich diese Freiheit. Wie weit davon allerdings bereits in der Praxis Gebrauch gemacht wird, ist unter Insidern umstritten. Auch WPD habe sich bislang auf Planspiele mit „virtuellem Handel“ beschränkt, erklärte Pressesprecher Christian Schnibbe auf Anfrage.

Dass den Pionieren schon bald der Spaß an solchen Spielen verge-



Foto: EEX

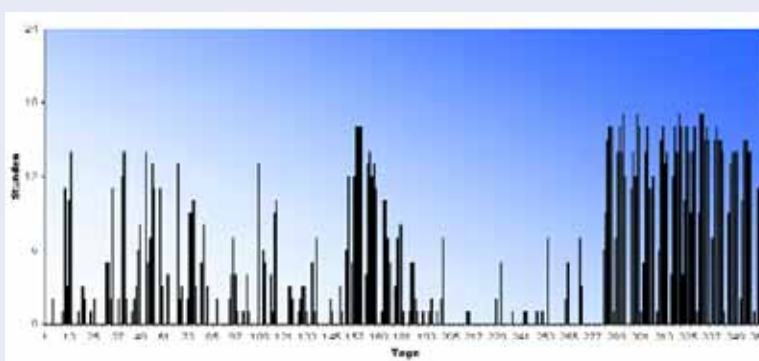
Leipziger Strombörse EEX. Die Politik entscheidet, ob sie künftig vor allem für Windparkbetreiber eine Alternative zur EEG-Vergütung darstellt.

hen könnte, dafür tun im Moment Bundesumweltministerium und Bundesnetzagentur einiges. Am 16. November veröffentlichte die Netzagentur auf ihrer Homepage „Eckpunkte für die Direktvermarktung von EEG-Strom.“ Demnach dürfte ein Netzbetreiber die Zuordnung einer EEG-Anlage zu einem Handelsbilanzkreis nur akzeptieren, wenn die Anlage für den gesamten Zeitraum der Zuordnung keine Vergütung nach dem EEG erhält. Da die Anschlussnetzbetreiber den Übertragungsnetzbetreibern im Monatsrhythmus die EEG-Anschlussleistung melden, beschränkt die Netzagentur mit dieser Regelung das Wahlrecht der Anlagenbetreiber unter geltendem EEG ebenfalls auf einen Monatsrhythmus. Zu diesen Eckpunkten läuft bis zum 21. Dezember ein Anhörungsverfahren.

Ökostrom-Pool

Noch restriktiver will das Bundesumweltministerium in seinem Referentenentwurf für die EEG-Novelle gegen die „Rosinenpicker“ vorgehen. Ab 2009 würde demnach jeder Anlagenbetreiber, der seinen Strom direkt vermarkten möchte, dies schon im September für das gesamte kommende Kalenderjahr bekanntgeben müssen. „Wenn das BMU-Modell Stand der

Lohnende Börsenpreise an vielen Tagen im Jahr



Die Grafik zeigt für die 365 Tage des Jahres 2006 jeweils die tägliche Stundenanzahl, während derer der Strompreis an der Leipziger Strombörse über dem Schwellenwert von 70 Euro pro Megawattstunde lag. Dieser Wert, der etwa den durchschnittlichen EEG-Vergütungen für Windstrom entspricht, ist für Windparkbetreiber theoretisch interessant. In der Praxis dürfte allerdings ein gewisser Abrechnung- und Vermarktungsaufwand dafür sorgen, dass erst ab 8 oder mehr Cent der Verkauf an der Börse lohnt.

Quelle: EnBW, E.On, RWE, Vattenfall

Dinge bleiben sollte, dann wäre das für uns sehr, sehr schwierig“, sagt WPD-Sprecher Schnibbe.

Bleibe es bei dem Entwurf, wäre das auch für die Geschäftsidee von Josef Werum und Matthias Roth ein herber Dämpfer. Mit ihrer neu gegründeten Inpower GmbH in Mainz verfügen sie inzwischen über eine Zulassung als Stromhändler an der EEX. Lieber heute als morgen würden sie damit beginnen, einem wachsenden Pool von Windparkbetreibern als Dienstleister tagesaktuell Mehrerlöse an der Börse zu verschaffen. Später sollen auch Biomasse- und Solarkraftwerke hinzukommen.

Allerdings ist der EEG-Entwurf nach deutlichen Protesten vor allem aus der CDU/CSU-Fraktion schon jetzt überholt. Wirtschaftsminister Glos und Umweltminister Gabriel verständigten sich inzwischen auf eine halbjährliche Wahlmöglichkeit zwischen EEG und Börse. Damit könnten interessierte Windparkbetreiber zwar theoretisch ihr Risiko verringern, indem sie den Strom nur im Winterhalbjahr vermarkten, wenn der Strompreis in der Regel etwas höher liegt. De facto würde sich aber nicht viel ändern.

Gut für Große

Firmengründer Werum hält diese Regelung für eine klare Begünstigung großer Konkurrenten unter den Stromhändlern. Je längerfristiger die Festlegung erfolgen müsse, desto mehr begünstige dies die traditionellen Player auf dem Strommarkt. Denn nur die großen EVU seien heute in der Lage, sehr langfristige Prognoserisiken bei der Direktvermarktung von Windstrom finanziell abzufedern. Kleinere könnten nur durch Flexibilität punkten.

„Es ist eine große Chance, das EEG jetzt mit dieser Novelle in Richtung Wettbewerb zu öffnen. Aber wie das bislang im Entwurf des Umweltministeriums formuliert ist, ist es mir viel zu wenig“, reklamiert auch Joachim Pfeiffer, Koordinator der Unionsfraktion in Energiefragen. Für ihn hat das Thema grundsätzliche Bedeutung: „Wenn wir es ernst damit meinen, die Erneuerbaren so massiv auszubauen, dann müssen wir zwei Dinge

tun: Wir müssen zum einen das Netz ausbauen und zum zweiten jetzt beginnen, die Erneuerbaren an den Markt heranzuführen. Bisher ging es im EEG nur um die größtmögliche Strommenge – eine Art ‚Tonnenideologie‘ wie seinerzeit in der Sowjetunion bei Kohle und Stahl. Die intelligente Zurverfügungstellung von Strom, zum Beispiel über virtuelle Kombikraftwerke, wird noch nicht angereizt.“

Am vergangenen Donnerstag hat eine Arbeitsgruppe der Union ein Positionspapier zur Direktvermarktung beschlossen, das nicht nur kürzere Entscheidungsfristen für Anlagenbetreiber einfordert, sondern sich auch zum wiederholten Mal für ein Bonusmodell stark macht. Dieses soll Anlagenbetreibern den Verkauf des Stroms außerhalb des EEG attraktiv machen, indem zusätzlich zum jeweiligen Börsenpreis ein Aufschlag gezahlt würde.

Das Bundesumweltministerium steht dem nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Im Gegenteil ist auch ihm daran gelegen, die EEG-Umlage von nennenswerten Strommengen zu entlasten, indem diese direkt vermarktet werden. Allerdings sei die Zeit einfach zu knapp gewesen, um einen ausformulierten Vorschlag für ein ergänzendes Bonusmodell rechtzeitig bis zum geplanten Kabinettschluss am 5. Dezember vorzustellen, ist im Ministerium zu erfahren. Gabriel möchte dies aber möglicherweise über eine Verordnung nachholen. Eine entsprechende Ermächtigung will er sich vom Bundestag erteilen lassen.

Sägen am EEG?

Skeptisch äußert sich zum Bonusmodell der Geschäftsführer des Bundesverbandes Windenergie, Ralf Bischof. Er wittert einen Schachzug der etablierten Energiewirtschaft, die durch solche freiwilligen Systeme möglicherweise schleichend am EEG sägen wolle. Der Diskurs auf



Foto: Martin Frey

Ebay für Ökostrom. Die Firmengründer Josef Werum und Matthias Roth wollen mit ihrer Inpower GmbH unabhängigen Betreibern von Windparks, Biomasse- und Solarkraftwerken die große, weite Welt der Leipziger Strombörse erschließen.

europäischer Ebene sei dafür ein Beispiel.

Reformieren möchten die Energiepolitiker der Union auch den Wälzungsmechanismus für EEG-Strom. Die von den Netzbetreibern aufzunehmenden Strommengen sollten nicht mehr wie bisher gleichmäßig auf alle Stromkunden umgelegt, sondern über einen unabhängigen Dritten an der Strombörse verkauft werden. Nur die Differenz zwischen der Einspeisevergütung und den Erlösen aus der Vermarktung des EEG-Stroms würde über die Netzentgelte an die Endkunden verrechnet, stellen sich die CDU-Politiker vor.

Die wahren „Rosinenpicker“

Anfreunden könnte sich damit vielleicht auch Josef Werum. Er, der gescholtene „Rosinenpicker“, in spe weist darauf hin, dass schon heute der Windstrom häufig die Preise an der Börse senke. Da der Strom physikalisch vorhanden sei, komme es dabei nicht darauf an, ob er über das EEG verteilt oder direkt an der Börse vermarktet werde. „Rosinenpickerei“ geschehe heute vielmehr auf Seiten der Netzbetreiber. Sie würden den Wind- und Solarstrom, der überproportional zu teuren Spitzenlastzeiten anfallt, im Zuge des geltenden Wälzungsmechanismus gleichmäßig als Grundlaststrom verteilen und dadurch Gewinne einstreichen: „Die machen aus Edel-Strom billigen Nachtstrom.“

Guido Bröer

QuelleKarstadt knüpft PV an Autoversicherung

Für jede neu abgeschlossene Kraftfahrzeugversicherung will die KarstadtQuelle Versicherung einen Quadratmeter Solarzellen installieren.

Das sei nicht als PR-Gag zu verstehen, sagt Pressesprecher Johannes Plott, sondern das Unternehmen wolle damit eine Selbstverpflichtung eingehen, um über das bereits bestehende Maß in Solarstrom zu investieren. Unabhängig von der neuen Ankündigung plant KarstadtQuelle für den Aufbau von 13 MW Solarstromleistung rund 50 Millionen Euro auszugeben.

Zurzeit plane das Unternehmen mit rund 7000 neuen Versicherungspolice für Kraftfahrzeuge, so Plott, was 7000 Quadratmetern Solarzellen entsprechen würde: „Wenn mehr kommt, machen wir aber auch mehr.“ **AWi**

Erst Pommes, dann Brummi

Berliner Fritierfett wandert zukünftig über Borken nach Südlohn-Oeding und von dort in die Kraftstofftanks von Brummis.

Die Berliner Entsorgungsgesellschaft BRAL-Reststoff-Bearbeitungs GmbH, eine Tochtergesellschaft der landeseigenen Berliner Stadtreinigungsbetriebe, sammelte bisher schon Speisereste bei mehr als 4000 Berliner Gastronomen ein. Nun sollen Brat- und Fritierfette hinzukommen – mittelfristig 2000 bis 3000 Tonnen pro Jahr.

Und auf das eklige Altfett freut sich bereits die Vital Fettrecycling GmbH im westfälischen

Leute

Journalistenpreis für Johannes Bernreuter

Der Preis für Wissenschaftsjournalismus der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen geht in diesem Jahr an den Würzburger Fachjournalisten Johannes Bernreuter (42).

Der Photovoltaik-Experte erhielt am 9. November die Auszeichnung in der Kategorie Printmedien für seinen Beitrag „Solarzellen - einfach gedruckt“, der in der Ausgabe 2/2007 der Zeitschrift bild der wissenschaft erschienen ist. Bernreuter beschreibt darin den Ansatz der kalifornischen Start-up-Firma Nanosolar, Solarzellen aus dem Verbindungshalbleiter Kupfer-Indium-Gallium-Diselenid mit einer Tinte aus Nanopartikeln auf Aluminiumfolie zu drucken. **AWi**



Foto: Wilhelm Breuer

Borken, die es reinigen und aufbereiten will. Aber nicht, um es erneut in die Pfanne zu hauen (auch wenn der Unternehmensname wie eine Margarinemarke klingt). Vitals Muttergesellschaft, die Petrotec AG, verarbeitet bereits seit dem Jahr 2000 Altfette in Südlohn zu Biodiesel. Deren Kapazität ist inzwischen auf 85000 Tonnen pro Jahr angewachsen. Aus den rund 2500 Tonnen aus Berlin will sie 2,5 Millionen Liter Biodiesel machen. Roger Böing, Vorstand der Petrotec AG: „Die Produktion von Biodiesel aus Rest- und Abfallstoffen ist eine echte Alternative zu den Biodieseln aus Agrar-Rohstoffen wie Raps- oder Palmöl.“ Doch leider ignoriere die Bundesregierung dieses Potenzial in ihrer Gesetzgebung. Da braucht es dann wohl doch einen Kanzler, der auf Currywurst mit Pommes steht. Na, dann Mahlzeit. **AWi**

1
KarstadtQuelle Versicherung AG
Nürnberger Str. 91-95
90762 Fürth
Tel. (0800) 666900
www.karstadtquelle-
versicherungen.de0

2
Petrotec AG
Fürst-zu-Salm-Str. 18
46325 Borken-Burlo
Tel. (028) 62910019

Berliner Stadtreinigungsbetriebe
Ringbahnstraße 96
12103 Berlin
Tel.: (030) 7592-4900
Fax: 7592-2262

3
Johannes Bernreuter
Freier Fachjournalist
Huttenstraße 10
97072 Würzburg
Tel. (0931) 7847781
Fax (0931) 7847782
johannes@bernreuter.info

Termine

28. November 2007 in Berlin: Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, Forum für Zukunftsenergien, www.zukunftsenergien.de

3. und 4. Dezember 2007 in Frankfurt: Kreativwerkstatt Klimaschutz, Ecolog Institut/DUH, Tel. (0511) 9245646, www.21-kom.de

4.-6. Dezember 2007 in Berlin: European Offshore Wind Conference EOW 2007, DEWI, www.eow2007.info

5. Dezember 2007 in Darmstadt: 37. Optimierungsstrategien für Fensterbauart und Solarapertur (AK-Sitzung), Passivhaus-Institut, Tel. (06151) 82699-0, www.passiv.de

5. Dezember 2007 in Kassel: Energierecht für PV-Anlagenbetreiber, Solarinstallateure und Berater, Solar Verlag GmbH, www.photon.de

6. Dezember 2007 in Nürnberg: Elektrische Energiespeicher, Bayern Innovativ GmbH, Tel. (0911) 20671-222, www.bayern-innovativ.de

6.-8. Dezember 2007 in Montpellier, Frankreich: 1. Int. Business Forum für Erneuerbare Energien, FIZIT, Tel. (0211) 30041-350, www.energaia-expo.com

6. und 7. Dezember 2007 in Berlin: 3. Forum Bioenergie, Solarpraxis AG, Tel. (030) 726296-454, www.solarpraxis.de